

Schweizer Terrorjahre

Ich war als Jurist in meinem Berufsleben hauptsächlich in der Verwaltung des Kantons Zürich tätig. Mit Interesse und teilweise auch mit Erstaunen habe ich das Buch «Schweizer Terrorjahre» gelesen. Ich finde es gut, dass dieser schwierige Abschnitt der Schweizer Geschichte in Erinnerung gerufen und näher beleuchtet worden ist. Die formelle Seite eines möglichen Abkommens mit der PLO ist wenig interessant, da bei einem geheimen Übereinkommen naturgemäss grössere Beweisschwierigkeiten auftreten. Die Frage, warum die schwerste Straftat, die im 20. Jahrhundert von Schweizer Behörden hätte beurteilt werden müssen – Mord in 47 Fällen –, nicht zur Anklage gelangt ist, erscheint jetzt etwas weniger rätselhaft. Offenbar hatte Bundesanwalt Hans Walder seine Funktion weniger rechtlich als mehr politisch verstanden. Wenn er schon an massgebender Stelle dabei mitgewirkt hatte, dass die für das Attentat vom 18. Februar 1969 auf das El-Al-Flugzeug rechtskräftig verurteilten Palästinenser aus der Strafverbüsung entlassen wurden, so wog es wohl weniger schwer, den im polizeilichen Untersuchungsbericht genannten Beschuldigten Sufian Kaddoumi gar nicht für ein gerichtliches Verfahren vorzuladen. Denn im ersten Szenario vom September 1970 ist das Recht so stark gebeugt worden, dass die Unterdrückung der Anklage für Hans Walder nach den damaligen Umständen nicht mehr ins Gewicht fiel.

Fred Hirschi, Wallisellen

Sparen auf Kosten der Deutschlehrer

Letzten Donnerstag wurden die Sparmassnahmen kommuniziert, die der Kanton Zürich ergreifen will, um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen (NZZ 14. 4. 16). In den Medien war anschliessend zu lesen, dass die Mittelschulen im Grossen und Ganzen ungeschoren davongekommen seien. Dem ist mitnichten so! Die Lehrpersonen für Deutsch und moderne Fremdsprachen müssen aufgrund der Anhebung ihrer Lektionenzahl eine faktische Lohnkürzung von knapp 5 Prozent in Kauf nehmen. Nun bedeutet diese Massnahme eben gerade nicht die Beseitigung eines historisch gewachsenen Missstandes, sondern – im Gegenteil – eine eklatante Ungleichbehandlung eines beträchtlichen Teils der Mittelschullehrerschaft.

Eine wissenschaftliche Studie aus dem Jahr 2000 hat gezeigt, dass der Arbeitsaufwand nicht für jedes Mittelschul-Fach gleich gross ist. Dass nun gerade die Deutschlehrpersonen für den Kanton die Kastanien aus dem Feuer holen sollen, ist der blanke Hohn! Das Fazit ist trübe: Von den Deutschlehrpersonen an den Mittelschulen wird erwartet, dass sie mehr und noch besser als bisher arbeiten, und das in immer grösseren Klassen und nun auch noch zu weniger Lohn. Das geht nicht auf! Die Konsequenz wird sein, dass die Mittelschülerinnen und -schüler mit Abstrichen an der Qualität des Schreibunterrichts werden leben müssen. Dies wiederum wird zur Folge haben, dass das Geschrei, die Studierenden könnten nicht mehr richtig Deutsch, noch lauter werden wird. Zudem ist es eine politi-

sche Perfidie im Sinne eines machiavelistischen *divide et impera*, dass die Massnahmen nur einen Teil der Mittelschullehrerschaft empfindlich treffen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Schulleiterkonferenz und die Personalverbände sich solidarisch hinter die betroffenen Lehrergruppen stellen werden und genügend Druck aufbauen können, um diese rundum unsinnige Massnahme zu verhindern.

Christian Müller, Zollikon

Schliessung eines Zürcher Restaurants

«Angebrannt» – kürzlich wollte ich mit meiner Familie, wie öfters, im Seefeld im allseits beliebten «Bistro» einkehren. Das Restaurant sei geschlossen und es werde an diesem Ort auch kein Restaurant mehr geben, stand an der Türe. Wie bitte? Ein mit viel Liebe und Herzblut von zwei wohl nicht zum rot-grünen Filz in der Stadt gehörenden Kleinunternehmern geführtes und diesen eine Existenz sicherndes Restaurant schliesst einfach so seine Pforten? Jetzt ist auch klar, warum: Die Liegenschaft gehört der Stadt. Die städtische Liegenschaftsverwaltung bestätigt den Schliessungsentcheid (NZZ 9. 4. 16). Wirtschaftliche Gründe hätten die Stadt zur Schliessung bewogen. Haben die Pächter die Miete nicht bezahlt? Wenn ja, war die Miete etwa, wie andernorts auch, viel zu hoch? Trifft dies nicht zu, ist die städtische Finanzkontrolle gefordert. Die für die Schliessung Verantwortlichen und deren politische Vorgesetzte sind zur Rechenschaft zu ziehen. Und wieder einmal wäre bewiesen, was dem in der Stadt Zürich regierenden sozialistischen Filz immer wieder meisterhaft gelingt: das in unserem Lande staatstragende Kleingewerbe aus der Stadt zu vertreiben und die Staatsquote weiter zu erhöhen. Das Attribut dazu lautet: himmeltraurig!

Hans-Peter Amrein, Küsnacht

Wetzikon vom Kanton bevormundet

Beim Strassenverkehr ist Demokratie noch immer ein Fremdwort. Mitten in Wetzikon (NZZ 14. 4. 16) regiert der Kanton wie ein Fürst in der Feudalzeit. Nach dem Gusto des Amts für Verkehr wird in Zürich am Schreibtisch entschieden. Wir Wetziker müssen dann mit diesen Verhältnissen leben. Bei der Bushaltestelle in Oberwetzikon wird zudem eine wichtige Option aus ideologischen Gründen ausgeschlossen. Stadtrat und Kanton betreiben eine Basta-Politik: Einmal mehr wurden für einen wichtigen Entscheid weder Einwohner noch Parteien einbezogen. Auch das Parlament hat nichts zu sagen.

Es geht nicht an, dass eine Probe-phase vereinbart und dann plötzlich eine Variante ausgeschlossen wird. Der Versuch mit Tempo 30 ist auf jeden Fall noch durchzuführen. Es muss nämlich auch dringend das Problem mit der viel zu hohen Lärmbelastung gelöst werden. Angesichts des obrigkeitlichen Gehabes ist ein partizipativer Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern gefragt. Über städtebaulich zentrale Bereiche wie Oberwetzikon sollen nicht ortsfremde Technokraten und ideologische Geisterfahrer bestimmen dürfen!

Uwe Scheibler, Wetzikon

Schnelle Nachtzüge in Spanien

Die Studie des Internationalen Eisenbahnverbandes (UIC) kommt zum richtigen Zeitpunkt (NZZ 11. 4. 16). Bisher wurden die Hochgeschwindigkeitsstrecken stets als Argument gegen die Nachtzüge missbraucht. Begonnen hatte damit Benedikt Weibel als damaliger Präsident der SBB-Generaldirektion. Mit Hochgeschwindigkeits-Nachtzügen könnten die Distanzen im Nachtzugverkehr markant verlängert werden. Die grosse Frage dürfte wie immer die Finanzierbarkeit sein. Doch Beispiele für die neue Idee gibt es bereits. In Spanien benützt der umspurbare Nachtzug von Vigo und A Coruña nach Barcelona auf dem letzten Streckenabschnitt bereits eine normalspurige Hochgeschwindigkeitsstrecke.

Der Nachtzugverkehr besteht auch in Europa weiterhin. So haben Finnland und England neue Schlafwagen bestellt. Dass mit dem Ende von City Night Line im Herzen des Kontinents zahlreiche Nachtzüge gestrichen werden, ist auch aus umweltpolitischen Gründen inakzeptabel. Die Methoden der DB, um den Nachtzugverkehr schrittweise zu bändigen, sind seit Jahren ein Armutszeugnis.

Jürg Streuli, Wetzikon

Personalisierte Prävention

Der Bundesrat will die Prävention gegen chronische Krankheiten, die rund 80 Prozent der Gesundheitskosten verursachen, verstärken (NZZ 7. 4. 16). Es wäre interessant, genauer zu erfahren, was mit der wirksamen Prävention in Form eines gesunden Lebensstils erreicht werden kann. Welchen Krankheiten wird durch einen gesunden Lebensstil vorgebeugt, und welche lassen sich lediglich hinauszögern? Welche Krankheiten treten als «Ersatz» für jene auf, die verhindert wurden? Kann eine gesunde Lebensführung das Leben «nur» verlängern oder auch die Qualität verbessern? Können erfolgreiche präventive Massnahmen die Gesundheitskosten tatsächlich senken? Bis zu welchem Alter ist ein gesunder Lebensstil angebracht, bis zum Ende?

Wahrscheinlich wird sich in der nicht sehr weiten Zukunft eine personalisierte Prävention, die insbesondere die individuelle genetische Prägung sowie das Alter und persönliche Wünsche berücksichtigt, durchsetzen.

Dr. med. Andreas Petrin, Dietikon

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zeitschrift muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Kein Markt ohne Menschenrechte

Gastkommentar

von DANIEL SAUDEK

Martin Rhonheimer unterstellt in seinem Gastbeitrag (NZZ 5. 4. 16) der katholischen Soziallehre, den Wert von Marktwirtschaft und Unternehmertum zu verkennen. Sein eigenes Markt- und Gesellschaftsmodell geht jedoch auf Kosten essenzieller ethischer Werte. Rhonheimer spricht in seinem Artikel «Armut: Business ist die Lösung» vom «blinden Fleck der katholischen Soziallehre». Laut ihm würdigt die katholische Kirche die freie Marktwirtschaft und die private wirtschaftliche Initiative nicht ausreichend. Ein Blick in die offiziellen kirchlichen Dokumente liefert freilich ein anderes Bild: «Der Markt ist an sich nicht ein Ort der Unterdrückung des Armen durch den Reichen und darf daher auch nicht dazu werden», so lesen wir etwa in der Enzyklika «Caritas in veritate» Benedikts XVI. (Nr. 36). Papst Franziskus lobt in «Laudato si'» die Unternehmertätigkeit als «edle Berufung» und unterstreicht ihren unabdingbaren Wert für die Schaffung von Arbeitsplätzen und somit für das Gemeinwohl (Nr. 136). Das Recht auf Privateigentum und auf wirtschaftliche Initiative wurde ebenfalls von den Päpsten immer wieder verteidigt.

Freilich reden die Quellen der katholischen Soziallehre nicht einer Wirtschaft ohne ethische Schranken das Wort. Sie erinnern an das Recht des Arbeiters auf einen existenzsichernden Lohn, von dem eine Familie ernährt werden kann, ebenso wie an die unabdingbare Rolle von Gewerkschaften für das Gemeinwohl. Die Rolle des Staates besteht laut ihnen nicht einfach darin, die Bühne für ein reibungsloses Marktgeschehen zu schaffen, sondern auch darin, als Akteur distributiver Gerechtigkeit die Schwächeren zu schützen – wobei die Kirche aber auch vor exzessiver staatlicher Intervention warnt, die die Eigeninitiative untergräbt. Wirtschafts- und Lebensstile müssen zudem nach der katholischen Soziallehre

Die katholische Kirche anerkennt die Freiheit der Wirtschaft, vergisst aber nicht die Würde des Menschen.

– und zwar nicht erst seit Papst Franziskus – auf die natürliche Umwelt und die Bedürfnisse nachkommender Generationen Rücksicht nehmen. Kurzum: Die katholische Kirche anerkennt die Freiheit der Wirtschaft. Sie weiss aber auch, dass die Würde und das Lebensrecht des Menschen eine absolute Autonomie wirtschaftlichen Handelns ausschliessen.

Woher also kommt Rhonheimers Eindruck, die Kirche betrachte die Wirtschaft zu negativ? Ein Blick in seine jüngeren Schriften gibt darüber Aufschluss: Kapitalistische freie Marktwirtschaft habe, so Rhonheimer, «immer und überall» die Lebensbedingungen verbessert, alle Arten von staatlichem Interventionismus hätten sie hingegen «immer und überall» verschlechtert. Massnahmen der Umverteilung durch das Steuersystem sind gemäss Rhonheimer «nichts anderes als Zwangsentziehung der wohlhabenderen Bürger». Rhonheimer spricht sich explizit gegen das Recht des Arbeiters auf einen existenzsichernden Lohn aus, und ein Familienlohn wäre erst recht nicht geschuldet.

Das von Rhonheimer favorisierte Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell verabsolutiert also die Freiheit des Marktes und das Recht auf Privateigentum, verneint jedoch essenzielle Rechte von Arbeitnehmern sowie das Recht des Staates, dafür zu sorgen, dass alle im Boot bleiben und am Wirtschafts-geschehen teilhaben können. Staatliche Massnahmen zugunsten benachteiligter Bürger stehen laut diesem Schwarz-Weiss-Denken schon im Widerspruch zur freien Marktwirtschaft und zum Privateigentum. Rhonheimers Modell widerspricht nicht nur der Lehre der katholischen Kirche, sondern auch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Art. 22 und 23 Abs. 3).

Doch auch rein wirtschaftlich ergibt das Rhonheimersche Laissez-faire keinen Sinn. Es ist besser für den Markt, wenn alle am Wettbewerb teilhaben können, während ein Ausschluss von Marktteilnehmern zu einer Oligopolisierungs- oder Monopolisierungstendenz führt. Rhonheimer schreibt sich die Werte des Liberalismus auf die Fahnen, doch in Wahrheit haben wir es hier mit einem autoritären Gesellschaftsmodell zu tun, das eine Freiheit der einen auf Kosten der Rechte der anderen vorsieht.

Daniel Saudek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christliche Philosophie der Universität Innsbruck.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 237. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor
Eric Gujer
Chefredaktorin Neue Produkte:
Anita Zietina
Stellvertreter:
Luzi Bernet, Colette Gradwohl, René Zeller

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder, Jenni Thier

International: Peter Rásányi, Andreas Rüesch, Andreas Wyslimg, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis

Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, David Signer, Christian Weistfog, Daniel Steimworth

Schweiz: René Zeller, Claudia Baer, Paul Schneebberger, Daniel Gerny, Simon Gemperli, Frank Sieber, Marcel Amrein, Nadine Jürgensen, Marc Tribelhorn, Simon Héhl

Bundeshaus: Heidi Gimza, Christof Forster, Jan Flückiger
Bundesgericht: Katharina Fontana

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fischer, Christin Severini, Nicole Rittzi Ruzica, Andrea Martel Fus, Claudia Aebbersoli Szalay, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundlehner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer

Feuilleton: René Scheu, Roman Hollenstein, Angela Schader, Barbara Williger Heilig, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribli, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Samuel Herzog
Medien: Rainer Stadler

Zürich: Luzi Bernet, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan

Hotz, Adri Kálin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner

Sport: Elmar Wagner, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Anja Knabenhans, Markus Wanderli, Philipp Bärtsch

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis
Panorama: Katja Baigger, Susanna Ellner
Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Henning Steier, Helga Rietz

Gesellschaft / Reisen / Wochenende: Susanna Müller, Claudia Wirz
Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder, Manuela Nyffenegger, Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz, Nina Fargahi
Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Brigitte Meyer. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** Philipp Müller. **Produk-**

tion / Layout: Hansruedi Frei. **Korrektur:** Yvonne Betscheschen. **Archiv:** Ruth Haener. **Storytelling:** David Bauer. **Projekte:** André Maser

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Felix E. Müller. **NZZ Folio:** Daniel Weber. **NZZ TV / Format:** Tobias Wolff. **NZZ Campus:** Peer Teuwssen. **NZZ Geschichte:** Peer Teuwssen

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 675 Fr. (12 Monate), 373 Fr. (6 Monate), 197 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 498 Fr. (12 Monate), 278 Fr. (6 Monate), 152 Fr. (3 Monate), 48 Fr. (10 Wochen)

Pendlerabo NZZ: 578 Fr. (12 Monate), 313 Fr. (6 Monate), 166 Fr. (3 Monate), 58 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 793 Fr. (12 Monate), 445 Fr. (6 Monate), 239 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2016

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2016

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 119 956 Ex. (Wemf 2015)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG